

Demokratie als Kooperation denken: Chancen und Möglichkeiten

Swaan Barrett

Zusammenfassung

Die Grundlagen einer gelingenden demokratischen Ordnung liegen sowohl philosophisch als auch historisch in Vereinbarungen, die die Bereitschaft zur Kooperation im Interesse des Gemeinwens voraussetzen. Allgemein akzeptierte Entscheidungsverfahren und Institutionen, die dauerhaft für die Einhaltung der Spielregeln sorgen, sind unabdingbar für das Vertrauen in den demokratischen Prozess. Demokratische Loyalität ist somit kollektiv erlernbar.

Was sind die Grundlagen der Demokratie und einer gelingenden demokratischen Ordnung? Dieser Frage haben sich schon viele Denker unterschiedlichster Disziplinen gewidmet. Üblicherweise verbindet man Demokratie in erster Linie mit der Souveränität des Volkes über das Mehrheitsprinzip, sei es direkt oder über gewählte Vertreter. Julian Nida-Rümelin schlägt hingegen vor, Demokratie als eine Form von Kooperation als Grundlage demokratischer Loyalität zu verstehen. Mit diesem Ansatz eröffnen sich ganz neue Möglichkeiten für das Nachdenken über Entwicklung und Aufbau von demokratischen Gesellschaften. Davon ausgehend möchte ich das Thema der Kooperation aus unterschiedlichen Blickwinkeln beleuchten und für Demokratie als eine zumindest in Teilen erlernbare Fähigkeit plädieren.

1.

In „Politische Philosophie der Gegenwart: Rationalität und politische Ordnung“ beschäftigt sich Julian Nida-Rümelin unter anderem mit Theorien zur Logik kollektiver



Swaan Barrett

M.A. Politikwissenschaften, M.A. Philosophie Politik Wirtschaft
Berlin

Entscheidungen sowie klassischen und modernen Vertragstheoretikern. In diesem Zusammenhang schlägt er einen Perspektivenwechsel im Denken über Demokratie vor. Ausgangspunkt ist die Erkenntnis, dass es aus formallogischen Gründen „kein Aggregationsverfahren (gibt), das gleichzeitig grundlegenden Anforderungen der Rationalität und dem genügt, was man gemeinhin mit Demokratie verbindet“ (Nida-Rümelin 2003, S. 205). Nida-Rümelin argumentiert, „dass man Demokratie – in Anlehnung an die reale politische Praxis und nicht nur ausgehend von abstrakten normativen Prämissen... – als Kooperation verstehen sollte.“

Mit Kooperation ist eine Art „Vertrauensspiel“ gemeint: eine Person handelt entgegen der Optimierung des eigenen Nutzens im Sinne einer insgesamt wünschenswerten Handlungsstruktur unter der Annahme, dass andere Personen ebenso ihre individuelle Nutzenmaximierung gegenüber der erwähnten Handlungsstruktur zurückstellen werden. Mit anderen Worten, Kooperation bedeutet, im Sinne eines größeren, wünschenswerten Ganzen auf einen eigenen individuellen Vorteil zu verzichten. Als einfaches Beispiel kann die Regelung des Rechtsverkehrs gelten: auch wenn es in manchen Situationen individuell von größerem Nutzen wäre, links zu fahren, ist leicht ersichtlich, dass die Einhaltung der Regel durch alle Verkehrsteilnehmer auch im individuellen Interesse ist. Kooperation mit der Regel bringt in Summe den größeren Nutzen.

Diese Form der Kooperation ist erforderlich um kollektive Entscheidungen umsetzen zu können, d.h. kollektive Handlungen daraus entstehen zu lassen, insbesondere wenn Entscheidungen nicht einstimmig gefällt worden sind. Bei einem Konsens würde das Kooperationsthema nicht entstehen, weil alle nach ihren individuellen Präferenzen handeln könnten. Dieser Fall ist bei kollektiven Entscheidungen naturgemäß eher die Ausnahme. In der Praxis bestehen unterschiedliche Interessenslagen, die die Komplexität von Entscheidungsverfahren erhöhen und die Kooperation derjenigen erfordern, deren Interessen nicht berücksichtigt wurden. Daher ist die „Etablierung eines allgemein akzeptierten Entscheidungsverfahrens“ (ebd., S. 213) im Interesse aller Beteiligten. Dieses Entscheidungsverfahren muss bestimmten Kriterien genügen um Kooperation zu sichern und als demokratisch zu gelten. Die Mehrheitsregel ist ein solches Kriterium, das sich als stabilisierend für die Demokratie erwiesen hat. Allerdings reicht diese Regel allein nicht aus, sie muss durch ethische Prinzipien wie Gleichbehandlung und Fairness beschränkt werden, um Kooperation als bevorzugte Handlungsstruktur von Individuen auszubilden. Nida-Rümelin spricht hier von einem „normativen Minimalkonsens“ (ebd., S. 214). Der Minimalkonsens muss eine Vielzahl von kollektiven Entscheidungen durch ein allgemein akzeptiertes Entscheidungsverfahren abdecken um in einer Demokratie wirksam zu sein. „Die am Beispiel demokratischer Loyalität dargestellte Kooperation erschließt sich nicht im konkreten Einzelfall sondern erst in der Beurteilung umfassender Strategien.“ (ebd., S. 218) Dies ist eine „Kooperation höherer Ordnung“ auf der Grundlage der Erkenntnis, dass ich individuell besser fahre, wenn ich mich an bestimmte Regeln halte, die im Rahmen eines fairen Verfahrens entschieden worden sind.

Durch diese Voraussetzungen unterscheidet sich die *freiwillige* Kooperation von der *Unterwerfung* unter bestimmte Regeln oder Handlungsanweisungen. So kann man sagen, Demokratie funktioniert nur aufgrund der Bereitschaft ihrer Mitglieder zu kooperieren – und zwar sowohl in den Entscheidungsverfahren als auch in den Handlungen. Das ist die Essenz „demokratischer Loyalität“. Weil die Entscheidungsverfahren in einer Demokratie eine so wesentliche Rolle spielen, möchte ich vor allem diesen Aspekt der Kooperationsidee vertiefen.

2.

Aus der Geschichte wissen wir, dass die Entstehung demokratischer Entscheidungsverfahren Jahrhunderte in Anspruch nehmen kann. Obwohl die nachfolgende Arbeit ursprünglich ein anderes Ziel verfolgt, liefert sie wertvolle Erkenntnisse über die Entwicklung demokratischer Verfahren anhand konkreter Beispiele. In ihrem 2012 erschienenen Werk „Why Nations Fail: The Origins of Power, Prosperity and Poverty“ versuchen Daron Acemoglu und James A. Robinson die Frage zu beantworten, warum manche Staaten erfolgreiche politische und ökonomische Systeme entwickeln und andere nicht. Auf der Grundlage einer Vielzahl von Beispielen aus der politischen Geschichte von Staaten auf der ganzen Welt postulieren sie, dass Institutionen der entscheidende Faktor für Erfolg oder Misserfolg eines Staates sind. Sie unterscheiden dabei inklusive und extraktive Institutionen, jeweils auf der ökonomischen und politischen Ebene. Das Prinzip der Inklusion bezieht sich auf die Möglichkeiten der Teilhabe der allgemeinen Bevölkerung an ökonomischer Aktivität und politischem Einfluss. Mit Extraktion meinen die Autoren die Vorteilsnahme einiger weniger auf Kosten anderer Teile der Gesellschaft, d.h. in ökonomischen Institutionen die einseitige Ausrichtung auf Abschöpfung der Gewinne durch eine Elite, die dieses System durch extraktive politische Institutionen untermauert und umgekehrt. Acemoglu und Robinson versuchen in ihrer umfangreichen Arbeit, verschiedene Ansätze zu widerlegen, die die Armut und das Versagen von Staaten mit Ursachen wie geografische Nachteile, Kultur, Unwissenheit oder historische Gegebenheiten zu erklären versuchen. Die Autoren vertreten die Ansicht, dass der Grund einzig in den Institutionen und deren vorgelagerten Entscheidungsprozessen liegt:

As we will show, poor countries are poor because those who have power make choices that create poverty. They get it wrong not by mistake or ignorance, but on purpose. To understand this, you have to go beyond economics, ... and instead, *study how decisions actually get made, who gets to make them and why those people decide to do what they do.* (Acemoglu, Robinson 2012, S. 68, eigene Hervorhebung)

Mit anderen Worten, die Entscheidungsverfahren sind die Grundlage aller Ökonomie und Politik.

Neben den vielen Beispielen, anhand derer die Autoren ihre These über das Versagen von Staaten belegen, beschäftigen sie sich intensiv mit inklusiven Institutionen und den Bedingungen der Möglichkeit, damit diese sich entwickeln und stabilisieren können. Ein Grundprinzip solcher Institutionen ist die „rule of law“, auf deutsch meistens mit „Rechtsstaatlichkeit“ übersetzt (im Unterschied zur „rule by law“, Regierung durch das Gesetz); gemeint ist die Gleichheit aller vor dem Gesetz und somit die Gleichbehandlung durch politische und wirtschaftliche Institutionen. Dieses Prinzip ist durchaus keine Selbstverständlichkeit:

The rule of law is a very strange concept when you think about it in historical perspective. Why should laws be applied equally to all?... Indeed, the rule of law is not imaginable under absolutist political institutions. ... *It's only when many individuals and groups have a say in decisions, and the political power to have a seat at the table, that the idea that they should all be treated fairly starts making sense.* (ebd., S. 306, eigene Hervorhebung)

Die Implementierung dieses „strange concept“ in einem Staat zeigen die Autoren als einen Tugendkreis der inklusiven Institutionen am Beispiel von Großbritannien, wo eine stabile Rechtsstaatlichkeit mit den fundamentalen Grundsätzen der Gleichheit

vor dem Gesetz, des allgemeinen Wahlrechts und einer repräsentativen Demokratie über mehrere hundert Jahre hinweg entstanden ist. Der Prozess begann mit der glorreichen Revolution 1688-1689, als das erste Parlament gegründet und die Macht der Krone wesentlich beschränkt wurde. Die Kräfte des Pluralismus sorgten für eine sich selbst verstärkende Bevorzugung kooperativen Verhaltens zumindest in bezug auf die Regeln der Entscheidungsfindung:

With many parties at the table sharing power, it was natural to have laws and constraints apply to all of them, lest one party start amassing too much power and ultimately undermine the very foundations of pluralism. (ebd., S. 307)

Die inklusiven (=pluralistischen) politischen Institutionen unterstützten die Entwicklung von inklusiven ökonomischen Institutionen und umgekehrt, so dass es für die britischen Eliten zunehmen unattraktiv wurde, Forderungen nach mehr Teilhabe am politischen Prozess mit Gewalt zu zerschlagen und dadurch die Stabilität des ganzen Systems zu gefährden. In der Sprache der Logik kollektiver Entscheidungen war es rationaler, kollektiv zu kooperieren als individuell (bzw. gruppenspezifisch) zu maximieren. Mit der Beschreibung und Analyse eines historischen Einigungsprozesses und des dazugehörigen normativen Fundaments zeigen Acemoglu und Robinson die Praxis des theoretischen Modells und untermauern dadurch seine Gültigkeit.

3.

Ähnlich revolutionär wie die „rule of law“ war die quasi daraus folgende Idee der sogenannten Vertragstheoretiker, eine politische Ordnung auf der Basis eines Gesellschaftsvertrags zwischen gleichberechtigten Parteien zu etablieren – auch wenn nicht jede dieser Ideen in der demokratischen Verfasstheit einer Gesellschaft endete. Alle Vertragstheoretiker, zu deren bekanntesten Stellvertreter Hobbes, Locke und Rousseau gehören, versuchen die Frage zu beantworten, wie Menschen im gesellschaftlichen Frieden miteinander leben können, und zwar unabhängig von individuellen Talenten oder Herkunft. Dieser Gedanke wurde im Lauf des 20. Jahrhunderts von den „New Contractarians“ – genannt sei hier insbesondere John Rawls – aufgegriffen und weiter entwickelt. Alle Vertragstheoretiker gehen von einem Ur- oder Naturzustand aus, in dem die erste Vereinbarung getroffen wird. In diesem Urzustand sind alle Menschen „gleich“. Weil Menschen als Kollektivwesen existieren (müssen), stellen sie sehr schnell fest, dass es einen Mindestkonsens darüber braucht, wie Interaktionen untereinander geregelt werden – und sei es nur um das eigene Überleben und Eigentum zu sichern. Von Hobbes bis Rawls ist davon die Rede, dass Menschen sich unter bestimmten Voraussetzungen auf bestimmte Eckpunkte einer Gesellschaftsordnung einigen würden. Die Philosophen nehmen dabei die Inhalte dieser Ordnung in den Fokus und kommen zu unterschiedlichen Ergebnissen, je nachdem wie das Menschenbild (die Anthropologie) oder die normative Basis begründet ist. Aber gelten für diesen Einigungsprozess nicht dieselben Regeln wie für alle anderen aggregierten Entscheidungsverfahren – mit denselben Begrenzungen?

Man kann argumentieren, dass die Einigung ein reines Gedankenexperiment ist, um ein sauberes Fundament für die Theoriebildung zu haben. In der Tat hat das Gedankenexperiment unbestreitbare und ganz praktische Vorteile, weil es jederzeit für neue Entscheidungsprozesse abrufbar ist. Im Gegensatz dazu gab es in früheren politischen Theorien, deren Menschenbilder z.B. auf gottgegebenen Unterschieden aufgrund

von Geburt oder Talent beruhen und die daraus autoritäre oder hierarchische politische Ordnungssysteme ableiten, keinerlei Veranlassung über Einigungsprozesse und deren Folgen nachzudenken.

Jedoch ist offensichtlich, dass selbst mit den wohlmeinendsten Intentionen eine Einigung in einer Gruppe von Menschen als Ergebnis nicht einfach vorausgesetzt werden kann. Nicht zuletzt die von Hobbes als Konfliktursachen der menschlichen Natur erkannten Eigenschaften der Konkurrenz, des Misstrauens und der Ruhmsucht können alle Versuche zu einem Konsens zu kommen, verhindern – im Zweifel setzt sich der Stärkere mit Gewalt durch.

Letzteres ist das möglicherweise nicht intendierte Ergebnis der Theorie von Robert Nozick, einem libertären Denker aus der Gruppe der New Contractarians. Unter Umgehung eines formalen Entscheidungsprozesses schlägt er anstatt einer vertraglichen Vereinbarung einen Prozess der unsichtbaren Hand vor, in dem Menschen zum Schutz ihrer persönlichen Freiheit (die aus seiner Sicht einzig gültige normative Grundlage eines Staatswesens) auf der Basis von Gegenseitigkeit kooperieren und Schutzvereinigungen bilden. Diese Schutzvereinigungen würden sich nach und nach aus Gründen der Effektivität zu größeren Schutzvereinigungen zusammenschließen und schließlich durch Beauftragung des Gewaltmonopols an eine professionelle Schutzvereinigung oder gar einen Minimalstaat übertragen. (vgl. Nida-Rümelin 2009, S. 175 ff) Ein Vertrag kommt also erst mit der Professionalisierung des Freiheitsschutzes zustande und folgt den Gesetzen des Marktes, d.h. es geht eher um ein Geschäft als um eine Einigung.

Jean-Jaques Rousseau versucht das Problem zu lösen, indem er einen Gemeinwillen als absolut setzt, an dem jeder Bürger durch seine Stimme einen Anteil hat und sich dadurch in Freiheit unterordnet. Seine Vertragsformel lautet: „Gemeinsam stellen wir alle, jeder von uns seine Person und seine ganze Kraft unter die oberste Richtschnur des Gemeinwillens; und wir nehmen als Körper, jedes Glied als untrennbaren Teil des Ganzen auf.“ (Rousseau, 1762/2003, S. 18) Im Verlauf seiner Theorie entsteht jedoch ein Zirkelschluss: der Gemeinwille ist immer einstimmig; wenn er nicht einstimmig ist, verhält sich eine Minderheit im Sinne von individuellen Interessen anstatt sich – wie vereinbart – dem Gemeinwillen zu unterwerfen. Somit beinhaltet Rousseaus Philosophie ebenso wie die Hobbesische Variante einen autoritär-absolutistischen Ansatz, da der Ausgangsvertrag darin besteht, sich wenn auch nur in eingeschränkten Bereichen dennoch vollkommen unterzuordnen.

Nichtsdestotrotz ist der Grundgedanke des Vertrags von wesentlicher Bedeutung, weil ein Vertrag implizit eine gegenseitige Vereinbarung und ein Kooperationsverhältnis auf Augenhöhe voraussetzt (sonst wäre es kein Vertrag, sondern eine Bestimmung oder eine Anordnung). Mindestens müssen sich zwei Parteien darauf einigen, einen Vertrag über ein bestimmtes Thema schließen zu wollen; wie Rousseau als Überschrift des 5. Kapitels seiner Abhandlung „Vom Gesellschaftsvertrag“ formuliert: „Daß man immer auf eine erste Übereinkunft zurückgehen muss“ (Rousseau 1762/2003, S. 15). Tatsächlich ist ein Entscheidungsverfahren der Grundstein jeder Vertragstheorie.

4.

Die Kooperationshandlung entsteht aus einem Willensakt, dem wiederum eine Einsicht oder Erkenntnis vorausgeht: dass es besser ist zu kooperieren als nicht zu kooperieren. Diese lässt sich aus zwei Ebenen ableiten, einmal aus dem Geist durch Denken

oder Intuition, andererseits aus Erfahrung. Die für demokratische Loyalität wesentliche Erkenntnis ist der allgemeine Wert einer nach demokratischen Prinzipien strukturierten Gesellschaft. Um eine solche Gesellschaft nachhaltig zu etablieren, reicht diese Erkenntnis jedoch nicht aus: es braucht zusätzlich die konkrete Erfahrung, dass die Entscheidungsverfahren und Strukturen im Alltag entsprechend dieser Prinzipien funktionieren. Diese Erfahrung schafft das Vertrauen, damit Menschen sich immer wieder auf die Kooperation mit dem Gesamtsystem einlassen.

Zu diesen Erfahrungen gehören regelmäßig wiederkehrende und demokratischen Kriterien genügende Wahlen mit wechselnden Mehrheiten. Betrachtet man Wahlen durch die Brille der Kooperation, relativiert sich der Makel des „Verlierens“ einer Abstimmung, weil nicht mehr von „Unterwerfung“ unter die Mehrheit die Rede sein muss. Ein „Sieg“ ist nie absolut, weil das Gewinnen einer Wahl überhaupt nur durch allgemeine Kooperation in Bezug auf das Entscheidungsverfahren möglich ist. Durch die Kooperation höherer Ordnung stabilisiert sich somit der Tugendkreis.

Häufig wird jedoch versucht, den Kooperationswillen der jeweiligen Minderheit durch taktische Manöver zu erreichen und der politische Prozess büßt seine Vertrauenswürdigkeit ein. Wenn man nicht voraussetzen kann, dass die andere Seite aufgrund des demokratischen Prinzips – also aus ethischen Gründen – kooperiert, kollabiert das System über kurz oder lang. Der Grund dafür ist, dass das taktische Spiel letztendlich auf zwei negativen Motivationsstrukturen beruht: einerseits Angst (etwas zu verlieren), andererseits Gier oder Ruhmsucht (möglichst viel gewinnen zu wollen, um jeden Preis). Unterstelle ich dem Gegenüber ebensolche Motive (wiederum aus Angst), setzt sich eine Negativspirale in Gang, die letztendlich dazu führt, dass jeder nur noch im individuellen bzw. gruppenspezifischen Interesse handelt. Die zersetzende Wirkung dieser Phänomene drückt sich in Politikverdrossenheit oder im Rückzug auf extreme Positionen aus: es sind Anzeichen für ein schwindendes Vertrauen in die demokratischen Institutionen. Die normative Grundlage im politischen Handeln ist also kein sozialromantischer Luxus sondern *conditio sine qua non* für den Erhalt demokratischer Strukturen.

Das Gegenbeispiel lässt sich in extraktiven Gesellschaften beobachten, in denen beispielsweise die Zugehörigkeit zu einer bestimmten Elite oder Familie Entscheidungen beeinflusst. Kooperation beschränkt sich auf einen Kreis der Auserwählten, die die Spielregeln zu ihrem eigenen Vorteil gestalten. Ein auf extraktive Institutionen gegründetes System kann zwar zumindest kurzfristig Vorteile für alle bringen und rational eine Möglichkeit der politischen (und wirtschaftlichen) Ordnung darstellen, zumindest solange Sicherheit gewährleistet ist. Das ist „the irresistible charm of authoritarian growth“ (Acemoglu und Robinson 2012, S. 437). Es ist jedoch nicht nachhaltig und führt zu Schwierigkeiten für die Mächtigen und zu Schäden des Gesamtsystems. Zu diesen Schwierigkeiten gehört unter anderem die ständige Gefahr von inneren Konflikten. Wenn Macht sehr stark in den Händen weniger konzentriert ist, kann es attraktiv werden, diesen wenigen die Macht zu entreißen um selbst an die Schalthebel zu gelangen. (Hobbes wusste wohl, warum er die Möglichkeit eines Aufstands gegen den Souverän prinzipiell ausgeschlossen hat.) Daher ist es in extraktiv aufgebauten Gesellschaften rational, starke Geheimdienste und Armeen – möglichst auf verschiedene Institutionen verteilt – zu etablieren, um diese im Fall des Falles gegeneinander ausspielen zu können. In solchen Systemen wird Kooperation manipuliert, die individuelle Freiheit Präferenzen zu äußern sowie aus der Freiheit heraus zu kooperieren werden systematisch beschränkt. Die gesellschaftlichen Strukturen sind durch mangelnde Transparenz gekennzeichnet und verunmöglichen den Aufbau von Vertrauen.

Das Ergebnis fehlender vertrauenswürdiger Institutionen ist im schlimmsten Fall der hobbesische Krieg aller gegen alle (z.B. in Syrien und Irak), bestenfalls behaupten sich oligarchische Verhältnisse (z.B. in Guatemala).

Unabhängig vom Ergebnis lässt sich jedoch feststellen, dass Demokratie durch Erkenntnis *und* Erfahrung gelernt werden muss und nicht mit dem Einsetzen von Entscheidungsverfahren und Gewaltenteilung von selbst entsteht. Im Grunde kann man Acemoglu und Robinsons Studie als eine ausführliche Beschreibung der gesellschaftlichen Lernprozesse auf dem Weg zur Demokratie durch zunehmend inklusive Institutionen lesen. Erkenntnis und Erfahrung bedingen sich gegenseitig in der Entwicklung des Tugendkreises – und können im Zweifel auch in den Teufelskreis führen. Wenn das notwendige Vertrauen in die Institutionen und das damit verbundene Entscheidungsverfahren fehlt, sinkt die Kooperationsbereitschaft.

5.

Demokratie ist per se eine inklusive Institution, die durch ethisch-normative Spielregeln für den politischen Prozess wie das Mehrheitsprinzip und Gewaltenteilung gestaltet wird. Die Einhaltung dieser Spielregeln muss laufend beachtet und sichergestellt werden, um entsprechende Erfahrungen zu ermöglichen und die Bedingungen für die Möglichkeit der Kooperation aufrecht zu erhalten. Als „Wächterfunktion“ über die Spielregeln haben sich unter anderem die Medien entwickelt, die durch ihre Berichterstattung auch historisch einen wesentlichen Beitrag zu Etablierung und Erhalt inklusiver Institutionen geführt haben. (vgl. Acemoglu und Robinson, S. 426) Die Wichtigkeit öffentlicher Informationen hat schon Kant in seiner Schrift „Zum ewigen Frieden“ erkannt. Er benennt das „transzendente Prinzip der Publizität“ als ein grundlegendes Kriterium für die Rechtmäßigkeit eines Anspruchs im öffentlichen Recht, sofern dieses sich an der Gerechtigkeit (ein normatives Prinzip) orientiert.

Alle auf das Recht anderer Menschen bezogenen Handlungen, deren Maxime sich nicht mit der Publizität verträgt, sind unrecht. (Kant 1795/1992, B99)

Das Prinzip wirkt nach Kant nicht nur ethisch sondern auch juristisch. Denn eine Maxime verheimlichen zu wollen oder gar zu müssen um seine Ziele zu erreichen, kann nur daraus entstehen, dass das Ziel Widerstand provozieren würde, was darauf schließen lässt, dass eine Ungerechtigkeit im Spiel ist. Das Prinzip „ist ferner bloß negativ, d.i. es dient nur, um vermittelst desselben, was gegen andere nicht recht ist, zu erkennen“ (ebd., B 100). Der moderne Begriff dafür ist Transparenz, und Kant hat ihre Wirkung auf politische Prozesse sehr akkurat antizipiert. Für junge Demokratien kann es eine große Herausforderung sein, den Auswirkungen von Transparenz über freie Medien standzuhalten. Es braucht hier einerseits das Verständnis für die fundamentale Relevanz der Pressefreiheit und andererseits das Rückgrat, mit der Unbequemlichkeit kritischer Medien zu leben.

Im positiven Sinne der Kooperationsthese sorgen Transparenz und Medien – sofern sie frei sind und ethisch im Sinne ihrer Verantwortung handeln – für eine unabhängige Informationsgrundlage, auf der demokratische Loyalität entstehen und funktionieren kann. Kant bezeichnet Publizität als „die Entfernung allen Mißtrauens gegen die Maximen (der Politik)“ (ebd., B111) und kommt zum Ende seiner Schrift zu einem „bejahenden Prinzip“:

Alle Maximen, die der Publizität *bedürfen* (um ihren Zweck nicht zu verfehlen), stimmen mit Recht und Politik vereinigt zusammen. (ebd., B110)

Wenn Transparenz eines Motivs erforderlich ist, um Kooperation zu sichern, ist dieses Motiv rechters. Transparenz sichert das *Vertrauen* in die Maximen der Politik – eine unabdingbare Voraussetzung für die demokratische Loyalität.

6.

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass die Kooperation höherer Ordnung nicht zufällig entsteht. Sie bedarf erstens der bewussten Erkenntnis, dass kollektiv gesehen die Kooperation auch individuell bessere Ergebnisse bringt; und zweitens des durch Erfahrung gestärkten Vertrauens in die Kooperationsbereitschaft der anderen sowie in demokratische (=kollektive) Entscheidungsverfahren. Das bedeutet: die Grundlagen demokratischer Loyalität sind *kollektiv erlernbar*.

Die Versuchungen, an den strukturellen Regeln einer demokratischen Grundordnung zu rütteln, sind zahlreich für die Mächtigen. Kooperation bedeutet auch, individuellen Einfluss situativ abzugeben. Auf diese Unbequemlichkeiten der Demokratie kann eine Gesellschaft vorbereitet werden, zumindest bis zu einem gewissen Grad. Sobald ein Entscheidungsverfahren auch nur annähernd demokratischen Grundsätzen entsprechen soll, erfordert es den Dialog und das Austragen von Interessenskonflikten. Dies sind erlernbare Fähigkeiten und Grundlage für den Aufbau und Erhalt demokratischer Strukturen in einer Gesellschaft.

Literatur

- Acemoglu, Daron und Robinson, James A. (2013): *Why Nations Fail. The Origins of Power, Prosperity and Poverty*. London: Profile Books Ltd.
- Hobbes, Thomas (1651/1991): *Leviathan oder Stoff, Form und Gewalt eines kirchlichen und bürgerlichen Staates*. Hg. Iring Fetscher, Frankfurt/M: Suhrkamp.
- Kant, Immanuel (1795/1992): *Zum ewigen Frieden*. Hg. Heiner F. Klemme. Hamburg: Felix Meiner Verlag.
- Nida-Rümelin, Julian (2009): *Politische Philosophie der Gegenwart. Rationalität und politische Ordnung*. Paderborn: Wilhelm Fink GmbH & Co. Verlags-KG.
- Nida-Rümelin, Julian (1999): *Demokratie als Kooperation*. Frankfurt: Suhrkamp Verlag.
- Rousseau, Jean Jacques (1762/2003): *Vom Gesellschaftsvertrag oder Grundsätze des Staatsrechts*. Stuttgart: Reclams.